



Verteiler

Berlin, den 20. August 2012

Pressemeldung

So geht's nicht! – Das Elternzentrum Berlin e.V. geht auf Distanz Überarbeitung Gesamtkonzept Inklusive Schule Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir verweisen einleitend auf unsere Pressemeldung vom [15. Dezember 2011](#).

Mit dem heutigen Tag – nach der zweiten Sitzung des durch Bildungssenatorin Scheeres berufenen Beirates Inklusive Schule am letzten Donnerstag – erklärt das Elternzentrum Berlin e.V. – Autismus und andere tiefgreifende Entwicklungsstörungen:

Wir distanzieren uns deutlich von der unveränderten Praxis der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft im Umgang mit der angekündigten Überarbeitung des Gesamtkonzeptes Inklusive Schule in Berlin.

Nachdem der Beirat Inklusive Schule am 20.06.2012 unter alten Voraussetzungen erstmals tagte und am 16.08. entsprechend fortgesetzt wurde, stellen wir fest: Frau Scheeres hat ihr Wort nicht gehalten.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass 4 BezirksstadträtInnen, 5 SchulleiterInnen, 4 Gremienvertreter, 4 Sen BJJ Vertreter, 2 senatsnahe Wissenschaftler höheren Lebensalters, lediglich 2 Mitglieder des Landesbeirates f. Menschen mit Behinderung mit Selbstbetroffenheit, ein Wohlfahrtsverband und der Landesbeauftragte f. Menschen mit Behinderung kein adäquates Mengenverhältnis zur Mitnahme aller am Prozess Beteiligten herstellen können, wie es einst versprochen war.

Es stellt sich heraus, dass entgegen aller Zusagen der berufene Beirat erneut den Bezug zum ursprünglichen und vielfältig kritisierten Inklusionskonzept der Stadt Berlin wiederherstellt. Die vorherige Arbeit aus den Gesprächsrunden zwischen Sept. 2011 und Mai 2012 erfährt entgegen aller Absprachen und Zusagen eine Nichtachtung. Die offensichtliche Nähe einiger Beiratsmitglieder zur Verwaltungsebene ergibt weder eine gute Atmosphäre noch Hoffnung, es würde hier zugesagte demokratische Mitsprache geschehen. Letztere ist schon durch die Zusammensetzung des Beirates auszuschließen, was das inzwischen [durch Andere](#) publizierte Protokoll vom 20.06.2012 und die Berichte zur 2. Sitzung belegen.

Wir teilen nun öffentlich mit, dass das Elternzentrum nicht in den Entscheidungsprozess involviert wird. Pressemeldungen der SenBJW, die wie folgt sinngemäß lauten könnten, bedeuten keineswegs, dass hierbei auch das Elternzentrum gemeint sei:

„Der Beirat Inklusive Schule legt unter Mitarbeit und Beteiligung der Menschen mit Behinderung das überarbeitete gesamtstädtische Konzept zur Inklusiven Schule vor“

Das Festhalten am alten Plan, die Zusammensetzung des Beirates, die fortgeführte Praxis der Intransparenz und der mündlich geäußerte Ausschluss von Vertretungen bei Abwesenheit eines Beiratsmitgliedes (nicht im Protokoll festgehalten) bewegen uns auch nicht, das am 20.06. und nun am 16.08. angekündigte Angebot eines neuen Alibiforums in Form von Arbeitsgruppen ernst oder gar anzunehmen. Das von Beginn allein administrativ geplante und administrativ umgesetzte Verfahren um den Beirat Inklusive Schule ist schon jetzt

keine Grundlage um bestehende und vorliegende fachlich spezifische Hinweise in ein von Allen getragenes Konzept zu integrieren. Erarbeitungen vor der Berufung des Beirates spielen keine Rolle, neue Arbeitsgruppen sollen erneut ihre meist ehrenamtliche Zeit vertun.

Wir distanzieren uns deutlich von den Aussagen und der Arbeit dieses Gremiums. Unsere Ressourcen sind zu wertvoll, als dass wir weiter an diversen Alibiveranstaltungen teilnehmen wollen.

Die administrative Ebene ist gleichbleibend nicht daran interessiert, alle Beteiligten zu involvieren und führt damit nachweislich zu Verschlechterungen statt Verbesserungen.

Dieses Vorgehen schafft kein Vertrauen bei Eltern, die ihre Kinder in Schulen schicken, die weder vorbereitet noch nach tatsächlichem Bedarf ausgestattet sind, bei Eltern die mitten im Prozess stecken und ihn ertragen müssen, manchmal keine Wahl haben oder tagtäglich den Irrlauf durch das sehr starre System praktizieren müssen.

Wir halten fest an unserer zentralen Zielstellung:

Im Sinne des Grundgesetzes sind alle Menschen in der Bundesrepublik gleich und dürfen nicht aufgrund ihrer Behinderung benachteiligt werden.

Der Vorstand des Elternzentrum Berlin e.V.,
i.A. Stephanie Loos.